

EDITORIAL

ZUR PERSON

Elisabeth Ohnemus ist Germanistin, Theologin und diplomierte Sozialarbeiterin. Sie ist derzeit tätig als Pressereferentin der Katholischen Frauenbewegung Österreichs, als freie Journalistin und in der Erwachsenenbildung mit Schwerpunkt „politische Bildung“. **FOTO: P. SCHREIBER**



Die Corona-Pandemie hat uns in der öffentlichen Debatte eine neue Vokabel beschert – „systemrelevant“. „Systemrelevant“, so lehrt uns die Krise, sind Menschen – in den meisten Bereichen überwiegend Frauen –, die die Versorgung einer Gesellschaft mit dem Lebensnotwendigen sicherstellen, ob Nahrung, Medizin, Pflege, Transport, Energie. Die Krise lehrt uns auch: wo es um die Sicherstellung des Lebensnotwendigen geht, hapert es an vielen Stellen enorm. „Systemrelevant“ Tätige verdienen oft wenig – oder gar nichts, wenn man die private Sorgearbeit hernimmt –, haben häufig schlechte Arbeitsbedingungen, sind vielfach überfordert, weil Personal systematisch knapp gehalten wird oder – im Bereich der privaten Sorgearbeit – Männer den Frauen überwiegend das Feld überlassen. Und das eigentlich immer schon. Das System, so legt die Krise schonungslos offen, hat seine Fehler. Und: es hat System, das System fehlerhaft zu halten.

Wir leben in einer Gesellschaft, deren Prioritäten einer kapitalistischen, patriarchalen Logik unterworfen sind. Die Corona-Pandemie stellt uns die Rute ins Fenster: weitermachen wie bisher und auf Kosten der einen das Wohl der anderen mehren oder – den Wandel wagen und Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft so organisieren, dass ein gutes Leben für alle gewährleistet ist. Diese Ausgabe von ZeitZeichen versammelt Beiträge, die den notwendigen „Systemwandel“, insbesondere im Blick auf die Bewertung und Organisation von Arbeit, ins Auge fassen, Perspektiven aufzeigen, Modelle debattieren und auch Praxisbeispiele einer anderen Ordnung liefern.

*Der Sozialwissenschaftler Jörg Flecker stellt uns das Manifest von der „Demokratisierung der Arbeit“ vor, das kürzlich Tausende von Wissenschaftler*innen weltweit unterzeichnet haben, und beschreibt seine Relevanz für die Debatte um Massenarbeitslosigkeit und die notwendige sozial-ökologische Transformatin in Österreich (S. 4 – 6). Sebastian Thieme, Volkswirt, fordert wirtschaftstheoretische Ansätze, „die die Selbsterhaltung und Existenzsicherung als Wirtschaftsmotiv angemessen berücksichtigen, ... die ethische Motive beachten und der Sorgearbeit endlich die basale Bedeutung einräumen, die ihr real auch zukommt“ (S. 8 – 9). Tony Addy,*

u.a. Mitglied des Cardijn-Vereins in Linz, präsentiert das Konzept der „Convivialität“, ein Konzept zum „Verstehen sozialer Wirklichkeit“, und eine Alternative zu „marktradikalen Politiken“. Der Theologe Wolfgang Palaver legt die Perspektive von Papst Franziskus dazu, der in seiner jüngsten Sozialzyklika festhält, dass es keine Utopie sei, in einer Welt, die sich und ihre Wirtschaftspolitik am Grundsatz einer universalen Geschwisterlichkeit ausrichtet, allen Menschen den Zugang zu Arbeit zu sichern (S. 7). Und der Arbeitsrechtler Martin Gruber-Risak erklärt, warum der berühmte Ökonom John Maynard Keynes – anders als kürzlich von Finanzminister Blümel erklärt – langfristig Recht haben sollte mit seinem Aufruf zu einem Wertewandel – weg vom Geiz, weg von der Geld- und Profitgier, hin zur „maßvollen Weisheit“.

*In Bad Leonfelden liefert das Unternehmen „eMagnetix“ ein in Österreich bisher einmaliges Beispiel dafür, wie Lebensqualität und erfolgreiches Wirtschaften Hand in Hand gehen können, wie es möglich ist, dass Mitarbeiter*innen bei vollem Lohnausgleich nur 30 Stunden die Woche arbeiten und der Betrieb trotzdem oder gerade deswegen floriert (S. 10 – 12).*

Den Wandel vorantreiben: die KAB tut dies nicht nur, indem sie mit diesem Magazin die Debatte darum befördert, der notwendige Systemwandel war auch Thema der jüngsten Bundeskonferenz (S. 13 – 14) und liegt den Überlegungen zugrunde, die derzeit in der KAB Steiermark auf dem Weg zu einer neuen Verortung von Arbeitsweise und Inhalten angestellt werden – wie der stellvertretende Vorsitzende Martin Hochegger berichtet. Die große Stärke der KAB bei der Entwicklung von Utopien und Perspektiven ist dabei ihre enge Verbundenheit mit den arbeitenden Menschen, die Pflege von Gespräch und Begegnung, wie sie etwa in der Betriebsseelsorge gelebt wird: Georg Salvenmoser schreibt davon, gibt ein Beispiel vom „Gehen in den Schuhen anderer“ (S. 16).

Es ist der Mensch, um den es geht beim Wandel zum Anderen, zum Besseren, es ist seine Würde. Die Bundesvorsitzende der KAB, Anna Wall-Strasser, bringt es in ihrem Kommentar (S.3) auf den Punkt: „Die Orientierung der Systemtransformation an einer universalen Menschenwürde ist alternativlos.“

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Anna Wall-Strasser, Theologin, Betriebsseelsorgerin, langjährig tätig im Bereich menschl. Arbeit der Diözese Linz, ist Vorsitzende der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich. **FOTO:** JAKOB LEHNER



Menschenwürde als Richtschnur für den Systemwandel

[Sys-tem] - ein Gebilde, etwas Zusammengehöriges, ein abgrenzbares Ganzes, das aus verschiedenen Teilen besteht, die irgendwie geordnet miteinander vernetzt sind - so wird dieser Begriff beschrieben. Zwischen den Teilen eines Systems gibt es immer eine Beziehung – sonst ist das kein System, sondern ein zufälliger Haufen, eine Menge. Je mehr Beziehung und Wechselwirkung untereinander, desto komplexer ist ein System. Warum diese Begriffserklärung? Nun, unser gesamtes Leben spielt sich in verschiedenen sozialen Systemen ab, in kleineren und größeren. Gesellschaften sind immer Systeme mit sehr hoher Komplexität. Beziehung und Wechselwirkung sind ihr immanent, und das bedeutet auch, dass jede Bewegung und Veränderung eines Teiles das Ganze beeinflusst und bewegt. Das ist der Kern der systemischen Theorie: wenn ich mich bewege, muss und wird sich wer anderer auch bewegen, wie bei einem Mobile. Der Flügelschlag eines Schmetterlings kann, so die These, auf der anderen Seite der Erde einen Tsunami auslösen. Das halte ich mir immer vor Augen wenn ich mich nach der Wirksamkeit meines Engagements frage. Allerdings: damit sich gesellschaftlich etwas bewegt, braucht es zur individuellen auch die strukturelle Veränderung. Und das geht nicht mit einem Flügelschlag.

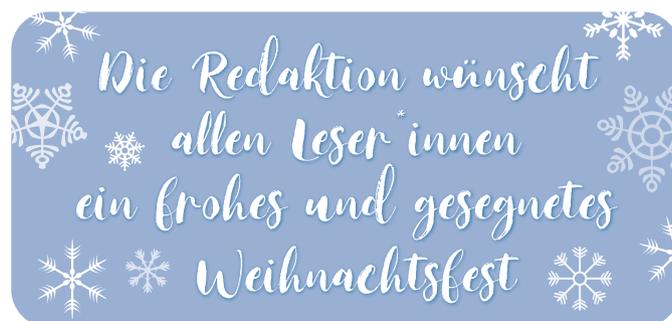
Unser Gesamtsystem ist gerade stark in Bewegung, ja, es rüttelt geradezu einiges durcheinander. Jahrzehntelange Ressourcenausbeutung hat das Klima aus dem Lot gebracht, weltweite Ungleichheit und politische Spannungen bringen Radikalismen hervor, die auch in den europäischen Gesellschaften aufschlagen, und die Pandemie wirft uns in Bedrohungen und Unsicherheiten auf allen Ebenen: menschlich, gesundheitlich, sozial, wirtschaftlich und politisch.

Wozu können wir diese Erschütterung nützen? Welche Erkenntnisse ziehen wir aus dieser Krise? Sind weiter reichende Veränderungen unter diesen so anderen Bedingungen vielleicht leichter möglich, weil deren Dringlichkeit so klar vor Augen steht? Schon jetzt hat sich gezeigt, dass viel mehr möglich ist als bisher, fast im Sinne von ‚anything goes, alles geht, koste es was es wolle...‘. Riesige Rettungspakete für die Wirtschaft und zur Rettung von Arbeitsplätzen werden geschnürt,

*Staatsschulden aufgenommen, der Sozialstaat als große Ressource zur Lösung akuter Probleme erkannt. Die entscheidende Frage ist jedoch: in welche Richtung soll und muss sich unsere Gesellschaft verändern? Soll es wieder so werden, wie es war? Oder geht es um mehr Nachhaltigkeit, mehr Gerechtigkeit, um eine bessere Verteilung zugunsten derer, die unser System am Laufen halten? Was folgt aus der Erkenntnis, dass das vor allem die Frauen sind, die bisher un- und unterbezahlt die Versorgung, Pflege und Betreuung leisten, oder viele Migrant*innen in prekären Arbeitsverhältnissen?*

Strukturelle Veränderungen orientieren sich immer an Werten. Im Slogan der globalisierungskritischen Bewegung Attac ‚Eine andere Welt ist möglich‘ steckt die klare Wertung, dass es so, wie es jetzt ist, nicht gut ist. Es braucht eine andere, eine alternative Globalisierung. Das postuliert auch Papst Franziskus in der neuen Sozialenzyklika. Und er formuliert auch eine klare ethische Vorgabe für die nötigen Systemänderungen: „Die Zerbrechlichkeit der weltweiten Systeme angesichts der Pandemie hat gezeigt, dass nicht alles durch den freien Markt gelöst werden kann und dass – über die Rehabilitation einer gesunden Politik hinaus, die nicht dem Diktat der Finanzwelt unterworfen ist – wir die Menschenwürde wieder in den Mittelpunkt stellen müssen. Auf diesem Grundpfeiler müssen die sozialen Alternativen sein, die wir brauchen“ (Frattelli tutti 168).

Die Orientierung der Systemtransformation an einer universalen Menschenwürde ist alternativlos.



#democratizingwork

Ein Manifest liefert Antworten auf die akute Krise der Arbeitsgesellschaft

Mehr als 6.200 Wissenschaftler*innen von hunderten Universitäten weltweit haben anlässlich der Corona-Pandemie ein Manifest unter dem Titel #democratizingwork unterschrieben: Wie wir arbeiten, soll einer gründlichen Neubewertung unterzogen werden. Das Ziel: die Arbeit „demokratisieren“ und „dekommodifizieren“. Zu den österreichischen Unterzeichner*innen des Manifests gehört der Sozialwissenschaftler **JÖRG FLECKER**, Gründungsmitglied und Vereinsobmann von FORBA (Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt, Wien) und Professor am Institut für Soziologie der Universität Wien. Für ZeitZeichen beschreibt **JÖRG FLECKER** die wesentlichen Inhalte und Ziele der Erklärung und ihre Relevanz für die Debatte um Massenarbeitslosigkeit und die notwendige sozial-ökologische Transformation in Österreich.

Isabelle Ferreras aus Belgien, Julie Battalina aus den USA und Dominique Méda aus Frankreich nahmen die Krise, welche von der Coronavirus-Pandemie und den dagegen ergriffenen Maßnahmen ausgelöst wurde, zum Anlass für die Initiative zu einem „Manifest zur Demokratisierung und Dekommodifizierung von Arbeit“. Ihre Überlegung war, dass Gesellschaften mehr Widerstandsfähigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Gleichheit, Gesundheit und Gerechtigkeit brauchen – gerade nach der aktuellen Krise. Diese Idee hat enorme Resonanz in der Wissenschaft gefunden, und sehr viele Medien weltweit haben das Manifest veröffentlicht. In Österreich hat „Diskurs. Das Wissenschaftsnetz“,

eine Initiative engagierter Wissenschaftler*innen, den Aufruf in die Medien gebracht.

Arbeit „demokratisieren“

Warum demokratisieren? Erinnern Sie sich an die Diskussion über die „systemrelevanten Tätigkeiten“ der Handelsangestellten, der Pflegekräfte und Ärzt*innen, der Arbeitenden in der Lebensmittelversorgung u.v.a., die mehr Anerkennung bekommen sollten? Dazu das Manifest: „Wenn man sich ernsthaft fragt, wie die Unternehmen und die Gesellschaft als Ganzes diese Beiträge ihrer Mitarbeitenden in Krisenzeiten anerkennen könnten, ist die Antwort: Demokratisierung.“ Auch wenn eine Erhöhung der Löhne eine

wichtige Form der Anerkennung wäre, sollte der höchst ungleiche Einfluss auf Entscheidungen in den Unternehmen zum Thema werden. Nicht nur Aktionäre und Aktionärinnen sollten über Strategien und Gewinnverteilungen entscheiden. Diejenigen, die dem Unternehmen ihre Arbeit widmen und oft ihre Gesundheit opfern, müssten bei solchen Entscheidungen gemeinsam ein Vetorecht haben.

Arbeit „dekommodifizieren“

Warum „de-kommodifizieren“? Der Begriff meint, dass der Warencharakter der Arbeitskraft, der kennzeichnend für die kapitalistische Gesellschaft ist, abgemildert wird. Das wird in Ansätzen konkret durch Kranken-



AUS DEM MANIFEST:

„Diese Krise zeigt auch, dass Arbeit nicht als Ware behandelt werden darf, dass nicht Marktmechanismen allein das Sagen über die Entscheidungen haben können, die für unsere Gesellschaften so zentral sind. Seit Jahren unterliegen die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Beschaffung von Material im Gesundheitssektor dem Prinzip der Profitabilität; heute zeigt die Pandemie, wie sehr dieses Prinzip uns blind gemacht hat.“ Mit Verweis auf das Recht auf Arbeit, das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgehalten ist, fordert das Manifest eine „Arbeitsplatzgarantie“.

FOTO: ALEXANDER-HAUK.DE, PIXELIO.DE

versicherung, Arbeitslosengeld und Pensionen erreicht, durch die Menschen ohne Besitz auch dann überleben, wenn sie keiner Erwerbsarbeit

nachkommen. Gerade demokratisch geführte Unternehmen wären in der Lage, von der Umweltzerstörung zur Umweltsanierung umzusteigen. „Wir

bestehende Arbeitsmarktkrise wurde also massiv verschärft und bewirkt für alle Betroffenen große Einkommensverluste und Risiken ausgegrenzt zu werden. Personen, denen es auf dem Arbeitsmarkt immer schon besonders schwer gemacht wird, stellt die Situation vor unlösbare Probleme: junge Menschen, die erstmals ins Berufsleben einsteigen wollen, Personen im Alter von 55 Jahren und darüber sowie bereits längere Zeit erwerbsarbeitslose Menschen. Sie gehen bei einer stark gestiegenen Konkurrenz um Jobs meist leer aus.

ERINNERN SIE SICH AN DIE DISKUSSION ÜBER DIE „SYSTEMRELEVANTEN TÄTIGKEITEN“ DER HANDELSANGESTELLTEN, DER PFLEGEKRÄFTE UND ÄRZT*INNEN, DER ARBEITENDEN IN DER LEBENSMITTELVERSORUNG U.V.A., DIE MEHR ANERKENNUNG BEKOMMEN SOLLTEN? DAZU DAS MANIFEST: „WENN MAN SICH ERNSTHAFT FRAGT, WIE DIE UNTERNEHMEN UND DIE GESELLSCHAFT ALS GANZES DIESE BEITRÄGE IHRER MITARBEITENDEN IN KRISENZEITEN ANERKENNEN KÖNNTEN, IST DIE ANTWORT: DEMOKRATISIERUNG.“

nachgehen können. Dazu heißt es im Manifest: „Diese Krise zeigt auch, dass Arbeit nicht als Ware behandelt werden darf, dass nicht Marktmechanismen allein das Sagen über die Entscheidungen haben können, die für unsere Gesellschaften so zentral sind. Seit Jahren unterliegen die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Beschaffung von Material im Gesundheitssektor dem Prinzip der Profitabilität; heute zeigt die Pandemie, wie sehr dieses Prinzip uns blind gemacht hat.“ Mit Verweis auf das Recht auf Arbeit, das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgehalten ist, fordert das Manifest eine „Arbeitsplatzgarantie“. Damit ist gemeint, dass allen Bürger*innen Zugang zu menschenwürdiger Arbeit gesichert wird. Konkret kann das durch das Schaffen von Arbeitsplätzen für Erwerbsarbeitslose im gemeinnützigen und öffentlichen Bereich erfolgen. Damit können zugleich gesellschaftliche Ziele, wie ausreichende Kinderbetreuung, Hilfe für alte Menschen und Ökologisierung, erreicht werden.

Nachhaltig wirtschaften

Warum „nachhaltig“? Wenn die Nationalstaaten Unternehmen auffangen, so das Manifest, sollten von diesen Gegenleistungen verlangt werden, insbesondere, dass sie ihrer Verantwortung für unser Überleben auf dem Planeten

hatten mehr als genug Zeit, um zu sehen, was passiert, wenn Arbeit, unser Planet und Kapitalgewinne unter dem gegenwärtigen System gegeneinander ausgespielt werden: Arbeit und der Planet verlieren immer.“

Manifest als wichtiger Beitrag zur Debatte um Massenarbeitslosigkeit und sozial-ökologische Transformation

Eine Kerngruppe der Initiative, bestehend aus 12 Wissenschaftler*innen, bringt derzeit ein Buch heraus, in dem die Ideen des Manifests ausführlicher dargestellt werden. Die Debatte geht also weiter. Für Österreich sind die diskutierten Inhalte angesichts der aktuellen Auseinandersetzungen über die sozial-ökologische Transformation und die Massenarbeitslosigkeit höchst relevant. Im Folgenden möchte ich etwas ausführlicher auf die Krise auf dem Arbeitsmarkt und die vorgeschlagene Arbeitsplatzgarantie eingehen.

Die Arbeitsmarktkrise in Österreich

In Österreich war die Erwerbsarbeitslosigkeit im Jahrzehnt vor der COVID-19-Pandemie kontinuierlich angestiegen und hatte damals schon neue Rekordwerte erreicht. Die Kündigungen, die von den Maßnahmen gegen die Pandemie ausgelöst wurden, machten weitere hunderttausende Menschen erwerbsarbeitslos. Eine bereits

Arbeitskraft als Ware

Immer wieder wurde die Forderung erhoben, die Folgen der Arbeitsmarktkrise durch eine deutliche Erhöhung des Arbeitslosengeldes wenigstens ein bisschen zu mildern. Das wäre ein kleiner Schritt in Richtung De-Kommodifizierung und würde den Zwang, eine Arbeitsstelle zu finden, etwas zurücknehmen, weil es ja ohnehin kaum freie Stellen gibt. Die Arbeitgeberseite und die mit ihnen verbundenen politischen Parteien wehren sich mit Händen und Füßen dagegen – wie sie auch für weitere Verschärfungen der Zumutbarkeitsbestimmungen für die Annahme von Arbeitsstellen durch Erwerbsarbeitslose eintreten: Arbeitskraft ist für sie eine Ware wie jede andere und soll es auch bleiben; Arbeitssuchende sollen in möglichst großer Konkurrenz zueinander stehen, damit Arbeit billiger wird, und sie sollen keine Alternativen zu den angebotenen Arbeitsstellen haben, mögen die Bedingungen auch menschenunwürdig und gesundheitsgefährdend sein.

Arbeitsplatzgarantie für alle zur Wahrung der Menschenwürde

Diese interessengeleitete Perspektive tritt die Menschenwürde mit Füßen, denn Menschenwürde bedeutet nach Immanuel Kant, dass der Mensch seinen Zweck in sich trägt und nicht wie ein Ding zu einem Mittel gemacht werden darf. Etwas Menschenwürde

auf einem kapitalistischen Arbeitsmarkt zurückzugewinnen, das hat die arbeitsmarktpolitische Maßnahme der „Arbeitsplatzgarantie“ zum Ziel: Allen Bürger*innen, die von Unternehmen und Organisationen im üblichen Prozess der Personalvermittlung und -rekrutierung aus welchen Gründen auch immer nicht aufgenommen werden, soll eine öffentlich geförderte, gemeinnützige Beschäftigung angeboten werden. Nun hat es auch bisher schon recht erfolgreiche Beschäftigungsprogramme im zweiten Arbeitsmarkt gegeben, mit denen Langzeitarbeitslose wieder in Beschäftigung gebracht wurden. Das Neue an der „Arbeitsplatzgarantie“ ist, dass die Personen, die in den Genuss der Maßnahme kommen, nicht extra für das Beschäftigungsprogramm ausgewählt werden – und dadurch immer welche übrig bleiben. Vielmehr ist es das Ziel, tatsächlich alle langzeitarbeitslosen Bürger*innen z.B. einer Gemeinde oder eines Bezirks in eine menschenwürdige und nach Kollektivvertrag bezahlte Beschäftigung zu bringen.

Arbeitsplatzgarantie versus Bedingungsloses Grundeinkommen

Nun lebte während der Corona-Krise nicht überraschend und durchaus zu Recht die Diskussion über das Bedingungslose Grundeinkommen wieder auf. Denn gerade viele Selbständige, allen voran die Kunstschaffenden, standen plötzlich ohne Einkommen da und hatten nicht einmal Zugang zum Arbeitslosengeld. Gäbe es ein Bedingungsloses Grundeinkommen, hieß es, kämen sie nicht in eine solche Situation. Warum also die Forderung nach einer „Arbeitsplatzgarantie“ und nicht nach dem Bedingungslosen Grundeinkommen? Für Kunstschaffende und andere Personen, die gesellschaftlich gut vernetzt sind und, auch ohne irgendwo angestellt zu sein, sinnstiftende Arbeit leisten können, würde ein Grundeinkommen – eine ausreichende Höhe vorausgesetzt – tatsächlich große Vorteile bringen.

Aber für andere kämen die Schattenseiten des Konzepts stärker zum Tragen: Soziale Teilhabe und gesellschaftliche Anerkennung ist mit dem Einkommen allein nämlich noch nicht verbunden. Ja, es könnte sogar zu einer ähnlichen Stigmatisierung kommen, wie wir sie derzeit im Bezug auf die Bezieher*innen von Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe kennen. In unserer Arbeitsgesellschaft werden Leistung und Beiträge zur Gemeinschaft überwiegend in Form von Erwerbsarbeit gefördert. Da wird es zum Problem, will man die Überflüssigen des Kapitalismus mit Geldzahlungen abspesen.

Dagegen soll die Arbeitsplatzgarantie im Idealfall zugleich ein angemessenes Einkommen, eine sinnvolle Tätigkeit und soziale Wertschätzung aufgrund der Arbeitsleistung erreichen. Und wenn es gelingt, den Personen einen Einfluss auf die Wahl der Tätigkeit zu ermöglichen, dann ist der Unterschied zu einem Grundeinkommen (in günstiger Konstellation - Beispiel: Künstler*innen) gar nicht mehr groß. Nur wird die Gefahr der sozialen Isolierung und Ausgrenzung bei der Arbeitsplatzgarantie durch die Einbeziehung in ein Projekt, durch Unterstützung bei der Wahl einer Tätigkeit und durch die angebotene Erwerbstätigkeit selbst systematisch vermieden.



Jörg Flecker: „Wir hatten mehr als genug Zeit, um zu sehen, was passiert, wenn Arbeit, unser Planet und Kapitalgewinne unter dem gegenwärtigen System gegeneinander ausgespielt werden: Arbeit und der Planet verlieren immer.“

FOTO: PRIVAT

Auch die weiteren Ziele der Initiative #democratizingwork können im Kleinen bei der Umsetzung der Arbeitsplatzgarantie zur Geltung kommen: Demokratisierung durch Partizipation der Teilnehmer*innen an der Gestaltung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und dadurch, dass Gemeinden und Vereine beeinflussen können, wofür Arbeitsstellen eingerichtet werden; Nachhaltigkeit, indem Arbeitsleistung dem Umweltschutz und der Bewältigung der Klimakrise gewidmet wird.

WEITERE INFOS:

<https://democratizingwork.org>

IMPRESSUM

Medieninhaberin (Verlegerin): Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6 **Herausgeberin:** Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 0664/6217198, kab.office@kaoe.at **Geschäftsführerin:** Mag.^a Gabriele Kienesberger **Chefredakteurin:** Mag.^a Elisabeth Ohnemus **Redaktionsteam:** Martin Hohegger, Mag.^a Gabriele Kienesberger, Mag.^a Anna Wall-Strasser **Verwaltung/Anzeigen:** Mag.^a Gabriele Kienesberger **Layout:** Karin Weiß, weisskarin@gmx.at **Lektorat:** Mag.^a Wilhelmine Deschberger, Brigitte Helm **Hersteller und Expedit:** Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg **Bankverbindung:** Schelhammer & Schattera, BIC: BSSWATWW IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659 **Hinweis:** Interessiert an einer Anzeige in ZeitZeichen? **Informationen über Anzeigenrößen und Anzeigenpreise erhalten Sie im Büro der KABÖ.**

Eine Welt, in der es Arbeit für alle gibt, ist möglich

Perspektiven von Papst Franziskus in der Sozialenzyklika „Fratelli tutti“

Es sei keine Utopie, in einer Welt, die sich am Grundsatz einer universalen Geschwisterlichkeit ausrichtet, allen Menschen den Zugang zu Arbeit zu sichern, so Papst Franziskus in seiner jüngsten Sozialenzyklika „Fratelli tutti“. Eine Analyse von, **WOLFGANG PALAVER**, Universitätsprofessor für christliche Gesellschaftslehre am Institut für Systematische Theologie der Universität Innsbruck.

Fratelli tutti, die jüngste Sozialenzyklika von Papst Franziskus, betont nicht nur die Tatsache, dass der Traum von einer Welt universaler Geschwisterlichkeit möglich ist, sondern verbindet ihn mit einem zentralen Anliegen der katholischen Soziallehre, das allen Menschen ein Anrecht auf Selbstverwirklichung durch Arbeit zuspricht (vgl. Laborem exercens). Konkret geht es Papst Franziskus um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. In seiner am Beginn der Enzyklika stehenden Kritik einer Welt, die Teile der Menschheit einfach zum „Ausschuss“ werden lässt, kritisiert er eine Wirtschaft, die ohne Rücksicht auf mögliche Konsequenzen

die Arbeitskosten reduziert und damit Arbeitslosigkeit und in Folge Armut nach sich zieht (Nr. 20). Auch an einer anderen Stelle zählt er das Fehlen von Arbeit und die Verweigerung von Arbeitsrechten zu den wesentlichen Ursachen von Armut (Nr. 116). Ein Verständnis wirtschaftlicher Freiheit, das den Zugang zur Arbeit verschlechtert, widerspricht aber der Grundforderung nach universaler Geschwisterlichkeit, die es nicht hinnehmen darf, dass „auch nur eine Person ausrangiert wird“ (Nr. 110). Franziskus' Traum von einer geschwisterlichen Welt umfasst ausdrücklich das Ziel, allen Menschen Arbeit zu ermöglichen. „Allen Menschen Land, Heimat und Arbeit“ (Nr. 127) zu bieten, ist keine unerreichbare Utopie.

Von der „Würde der Arbeit“

Das Kernstück zum Thema Arbeit findet sich im Abschnitt 162, in dem der Papst betont, dass arme Menschen für ein würdiges Leben vor allem Arbeitsmöglichkeiten brauchen und alle finanzielle Hilfe nur provisorisch bleiben müsse: „Auch wenn sich die Produktionssysteme verändern, darf die Politik nicht auf das Ziel einer Gesellschaftsorganisation verzichten, die es jeder Person ermöglicht, sich mit ihren Fähigkeiten und Initiativen einzubringen. Denn es existiert keine schlimmere Armut als die, welche dem Menschen die Arbeit und die Würde der Arbeit nimmt“. In einer wirklich entwickelten Gesellschaft ist die Arbeit eine unverzichtbare Dimension des gesellschaftlichen Lebens, weil sie nicht nur eine Art ist, sich das

Brot zu verdienen, sondern auch ein Weg zum persönlichen Wachstum, um gesunde Beziehungen aufzubauen, um sich selbst auszudrücken, um Gaben zu teilen, um sich mitverantwortlich für die Vervollkommnung der Welt zu fühlen und um schließlich als Volk zu leben.“ (Nr. 162)

Zahl der Arbeitsplätze erhöhen

Konkret befürwortet Papst Franziskus deshalb eine Wirtschaftspolitik, die die Zahl der Arbeitsplätze erhöht. Gegen den vorherrschenden Neoliberalismus fordert er eine „aktive Wirtschaftspolitik ..., die darauf ausgerichtet ist, eine Wirtschaft zu fördern, welche die Produktionsvielfalt und die Unternehmerkreativität begünstigt“, damit es möglich ist, die Anzahl von Arbeitsplätzen zu erhöhen, anstatt sie zu senken“ (Nr. 168). Wo der Papst zwischen gefährlichen Formen von ausschließenden Populismen und der notwendigen Einbeziehung des Volkes unterscheidet, betont er im Blick auf das Problem der Arbeitslosigkeit auch die Bedeutung der Volksbewegungen. Diese versammeln „Arbeitslose, Arbeitnehmer*innen in prekären Arbeitsverhältnissen und viele andere, die nicht einfach in die vorgegebenen Kanäle passen“ (Nr. 169). Durch die Beteiligung der Volksbewegungen wird jener „Strom moralischer Energie“ belebt, „der der Miteinbeziehung der Ausgeschlossenen“ entspringt. Hier knüpft der Papst an sein Einstandsschreiben Evangelii gaudium von 2013 an, in dem er schon betonte, dass niemand ausgeschlossen werden dürfe.



Wolfgang Palaver: „Gegen den vorherrschenden Neoliberalismus fordert der Papst eine ‚aktive Wirtschaftspolitik ..., die darauf ausgerichtet ist, eine Wirtschaft zu fördern, welche die Produktionsvielfalt und die Unternehmerkreativität begünstigt‘, damit es möglich ist, die Anzahl von Arbeitsplätzen zu erhöhen, anstatt sie zu senken“. FOTO: PRIVAT

Die Pandemie als Antrieb einer Systemtransformation?

Hindernisse auf dem Weg zu Alternativen in politischer Praxis, Wissenschaft und Lehre

Klima- und Umweltprobleme, ungleich verteilte Einkommen und damit verbundene Vermögenskonzentrationen oder aktuell die Corona-Pandemie stellen die bisherige, westliche Art des Wirtschaftens in Frage. Gemeint ist damit eine stark auf internationale Arbeitsteilung konzentrierte Marktwirtschaft, in der alle Beteiligten unter permanentem Verwertungsdruck und im steten globalen Wettbewerb gegeneinander stehen und der Umgang mit der Natur eine untergeordnete Rolle spielt. Dies wird zunehmend als ursächlich für viele ökologische und soziale Probleme angesehen. Und so verwundert es nicht, wenn deshalb zahlreiche Forscher*innen sowie Bewegungen wie Fridays for Future oder Economists for Future eine sozial-ökologische Transformation „unseres“ Wirtschaftens einfordern. Was es für die Umsetzung dieser Forderung braucht, auch auf Ebene von Wissenschaft und Lehre, erörtert der Volkswirt **SEBASTIAN THIEME**.

Es mag die Dringlichkeit, die in den ökologischen und sozialen Problemen liegt, den Eindruck erweckt haben, dass sich ein Fenster geöffnet hat für eine echte sozial-ökologische Transformation. Die Corona-Pandemie, so ließe sich argumentieren, unterstreiche das in besonderer Weise mit der Wertschätzung gegenüber den „systemrelevanten“ Berufen oder dadurch, dass Leitbilder wie der sparsame Staat (Schwarze Null, Schuldenbremse usw.) zunehmend wanken. Auf einmal ist Homeoffice möglich und es werden sozialpolitische Maßnahmen wie das (bedingungslose) Grundeinkommen, das Helikoptergeld oder die Jobgarantie diskutiert.

Homeoffice ja, Abgeltung nein

Doch dieser optimistische Blick wird bereits durch die Schnelligkeit eingetrübt, in der sich der euphorische Applaus für systemrelevante Berufe verflüchtigte. Ernüchternd wirkt ebenfalls, wenn das Homeoffice während Corona an Popularität gewinnt, aber bislang keine Diskussion darüber stattfindet, dass Homeoffice zusätzlichen Raum, zusätzliche Ausstattung usw. erfordert und dieses sich selbstverständlich in der Entlohnung und in der Angemessenheit des

Wohnraums (zum Beispiel bei Sozialleistungen) niederschlagen müsste.

Systemanpassung statt Systemtransformation

Deshalb sollte nicht unterschätzt werden, wie beharrlich alte Denkmuster sind und welche Hindernisse einer sozial-ökologischen Transformation im Weg stehen. Hierfür können sicher verschiedene Ursachen benannt werden. Aber eine wesentliche Ursache dürfte im etablierten wirtschaftswissenschaftlichen Denken zu finden sein. Statt dazu zu befähigen, neue Möglichkeiten zu denken, agieren viele – meist marktliberal gefärbte – Ökonom*innen eher als Verhinderer, die alte Denkkonzepte allenfalls auf-

Sebastian Thieme ist promovierter Volkswirt und Publizist mit Schwerpunkt Wirtschaftsethik und Subsistenzethik, Lehrverpflichtungen führten ihn u.a. an die Universitäten Hamburg und Kassel sowie die Fachhochschule Harz in Halberstadt. 2015-2016 war Sebastian Thieme Schasching-Fellow an der Katholischen Sozialakademie Österreichs (s. auch Buchhinweis auf S. 20 in diesem Heft)

FOTO: PRIVAT



hübschen und Alternativen abseits einer verklärten Marktwirtschaft abwerten. Dann ist vom „grünen“ oder „progressiven Kapitalismus“ die Rede, womit hilflos versucht wird, jener Wirtschaftsweise, die vielen Menschen als verantwortlich für ökologische und soziale Probleme gilt, einen neuen Anstrich zu geben. Im Kern ist das lediglich eine konservative Anpassung: Nur so viel Änderung, wie insgesamt nichts geändert werden muss. Damit werden Systeme angepasst, aber nicht transformiert – und Systemprobleme laufen Gefahr verschleppt zu werden.

Wertfragen nur oberflächlich behandelt

Doch es wäre verkürzt, die Hindernisse für systemtransformatives Denken einzig in der Dominanz marktliberaler Ökonom*innen zu sehen. Die vielen damit verbundenen Wertfragen im ökonomischen Kontext werden auch unter kritischen Ökonom*innen – wenn überhaupt dann – oberflächlich behandelt. Das gilt zum Beispiel für Debatten zur Verteilung von Einkommen und Vermögen, wenn sie auf statistische Erhebungen reduziert sind. Denn Verteilungsfragen sind selbstverständlich Gerechtigkeitsfragen, die auch normativ, wirtschaftsethisch gut analysiert werden müssen. Ohne diese Expertise gibt es kein Fundament, um zum Beispiel solide über die Forderung nach einer Vermögenssteuer zu diskutieren, was diese Forderung der Gefahr aussetzt, im politischen Prozess bis zur Unwirksamkeit heruntergehandelt zu werden. Das zeigt sich bereits am Mindestlohn in Deutschland, der seinen zentralen Funktionen – insbesondere die der Existenzsicherung – nur schwer nachkommt.

Jobgarantie im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation debattieren

Ähnlich schwierig ist die Idee einer Jobgarantie zu sehen, bei der erwerbslosen Menschen im Zweifel der Staat/die Gesellschaft einen existenz-

sichernden Arbeitsplatz anbieten soll. Diese klingt im ersten Moment gut, aber: Es sind dann zwingend Klärstellungen notwendig, wie sich diese Jobgarantien zu einem Arbeitszwang verhalten. Bislang gilt hier der Grundsatz, dass gemeinschaftlich organisierte Tätigkeiten die Privatwirtschaft nicht bedrängen dürfen. Damit ist ein Konflikt zwischen Privatwirtschaft und gemeinschaftlichen (gemeinnützigen) Tätigkeiten vorprogrammiert, der aber nicht ausbuchstabiert wird. Und wäre nicht auch über andere – genossenschaftliche und solidarische, aber auch gesellschaftlich organisierte – Wirtschaftsformen nachzudenken, die im Zweifel sogar gegen marktwirtschaftliche Interessen zu schützen sind?

Mit der Jobgarantie wird weiterhin der Erwerbsmythos (sich die eigene Existenz durch Erwerbsarbeit sichern zu müssen) sowie das Ideal einer Vollzeitätigkeit forciert. Warum das ein Problem ist, das zeigt Teresa Bücker eindrucksvoll in ihrem Essay „Zeit, die es braucht: Care-Politik als Zeit-Politik“: „Die Vollzeitberufstätigkeit aller Menschen als Ideal zu setzen, ignoriert, dass Care-Arbeit eine Konstante ist und nicht weniger wird, sobald Menschen mehr Stunden mit Erwerbsarbeit verbringen.“ Deshalb „müsste anerkannt werden, dass der zeitliche Aufwand von privater Care-Arbeit es schon jetzt erfordert, den zeitlichen Umfang von Erwerbsarbeit so neu zu verteilen, dass eine Vollzeitberufstätigkeit deutlich weniger als 40 Stunden umfasst.“ Unter diesem Vorzeichen liest sich die Debatte um eine Jobgarantie ganz anders und müsste im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation auch ganz anders geführt werden.

Es braucht wirtschaftstheoretische Zugänge, die Systemtransformation denkbar machen

All das ist mit normativen Fragestellungen verbunden. Was es deshalb bräuchte, das sind wirtschaftstheo-

retische Zugänge, die integrativ-interdisziplinär ausgerichtet sind und dazu befähigen, systemtransformativen Alternativen zu denken. Konkret bräuchte es Ansätze, die die Selbsterhaltung und Existenzsicherung als Wirtschaftsmotiv angemessen berücksichtigen, die Wirtschaft als wechselwirkendes Sozial- und Kulturphänomen begreifen, ethische Motive beachten und der Sorgearbeit endlich die basale Bedeutung einräumen, die ihr real auch zukommt. Die gute Nachricht ist, dass entsprechende Konzepte bereits existieren, zum Beispiel verschiedene Wirtschaftsethiken oder Ansätze aus dem Bereich der sozialwissenschaftlichen Ökonomik (Sozialökonomik, feministische Ökonomiken, Hauswirtschaft etc.).

Dem gegenüber ist aber bislang nicht zu erkennen, dass solch eine Expertise gepflegt und ermöglicht wird. Nach wie vor scheint an Hochschulen kaum Platz zu sein für (echte) Wirtschaftsethik und sozialwissenschaftliche Ökonomik. Auch Arbeitnehmer*innen-Vertretungen, Stiftungen, Forschungsinstitute usw. leisten sich im Grunde keine solche Expertise. Und im Bereich der Pluralen Ökonomik, die eigentlich ganz anders als die formal-mathematische Mainstream-Ökonomik sein will, dominiert eine heterodoxe Modellökonomik mit ebenfalls formal-mathematischer Ausprägung.

Wer dagegen ernsthaft über Möglichkeiten für eine sozial-ökologische Transformation nachdenken will, braucht aber mit Blick auf Wirtschaftsfragen echte integrativ-interdisziplinäre Alternativen. Das wiederum erfordert einen geistigen Wandel, für den Räume geschaffen werden müssen, an Hochschulen, in Forschungsinstituten, NGOs und anderen gesellschaftlichen Institutionen. Bislang hält sich das jedoch in sehr überschaubaren Grenzen.

„Zeit“ lautet die Währung

Es geht auch anders: 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich und nachhaltigem Erfolg

Als das oberösterreichische Online-Marketing-Unternehmen „eMagnetix“ im Oktober 2018 Ernst machte mit dem - u.a. von der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung vertretenen - Konzept der Einführung einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich (#30sindgenug), war es allein auf weiter Flur. Heute, zwei Jahre später, ist es das noch immer. Kein österreichischer Betrieb in vergleichbarer Größe folgte dem Prototypen, obgleich der für enormes Aufsehen und einen anhaltenden medialen Hype sorgte. Zum Zwei-Jahres-Jubiläum der Betriebs-Umstellung am ersten Oktober zieht der Geschäftsführer von „eMagnetix“, **KLAUS HOCHREITER**, eine positive Bilanz: „Wir haben unser Ziel erreicht: nachhaltig erfolgreich zu sein“.



Klaus Hochreiter, Geschäftsführer von „eMagnetix“, hat das online-Marketing-Unternehmen 2008 gegründet

FOTO: EMAGNETIX

ZZ: Am 1. Oktober feierte „eMagnetix“ in Bad Leonfelden das „Zwei-Jahres-Jubiläum“ als ein Betrieb, in dem mittlerweile 30 Mitarbeiter*innen getreu dem Motto „30 Stunden sind genug“ nur noch 30 Stunden in der Woche arbeiten, aber den Lohn für eine Vollzeitstellung erhalten. Wie schaut Ihre Erfolgs-Bilanz nach zwei Jahren Feldversuch aus?

KH: Trotz detaillierter Planung gab es einige offene Fragen bis zuletzt. Es hat Herausforderungen gegeben, und wir haben immer wieder nachgebessert. Der Hintergrund: wir sind stark gewachsen, haben uns als Belegschaft mehr als verdoppelt. Insgesamt hat sich gezeigt: die Vorteile des Modells überwiegen eindeutig.

ZZ: Ist eine Umstellung, wie Sie sie vorgenommen haben, nicht mit hohen Kosten verbunden?

KH: Konkrete Zahlen kann ich nicht nennen, aber klar ist: so eine Umstellung ist eine langfristige Investition in zufriedene Mitarbeiter*innen, und das macht auch zufriedene Kund*innen. Schauen wir auf die Bewerber*innenquote: vor fünf Jahren haben sich auf Einstiegsjobs bei uns durchschnittlich 10 Personen beworben, auf Jobs, die Erfahrung vorausgesetzt haben, oft über Monate hinweg gar niemand. Das liegt am Fachkräftemangel. Mit unserem Betriebsstandort in Bad Leonfelden sind wir nur 30km von Linz entfernt, dort gibt es eine rege start-up-Szene. Die Fachkräfte, die wir benötigen, kommen aus Fachhochschulen und Universitäten, aus den Bereichen e-commerce, e-business, digitales Marketing. Wir hatten ein leicht angestaubtes Image und mussten uns profilieren. Heute bewerben sich auf den gleichen Job, der früher niemanden anzog, bis zu 80 Personen.

ZZ: Die Umstellung hat seinerzeit auch ein großes Medien-Echo ausgelöst...

KH: Ja, wir haben eine hohe Medien-Präsenz, eine große Reichweite mit unserer Idee erreicht. Wir können nun Schlüsselfunktionen doppelt besetzen. Unsere Mitarbeiter*innen sind nicht einfach „Mitarbeiter*innen“, wir sprechen von „eMagnetern“. Die Zufriedenheit am Arbeitsplatz hat sich enorm erhöht, 83% der Menschen, die bei uns arbeiten, fühlen sich gesünder seit sie im 30-Stunden-Modell arbeiten. Einmal im Monat machen wir unter ihnen eine „happiness-Umfrage“, und wir

erreichen da im Durchschnitt 4 von 5 Punkten. Wir haben in den vergangenen zwei Jahren nicht nur unsere Belegschaft verdoppelt, wir haben unser know-how vervielfacht, haben einen zweiten Standort eröffnet und vor einem Jahr eine Digitalisierungsoffensive gestartet, die Infrastruktur neu organisiert: mobile Arbeitsplätze für alle, digitale Kommunikationstools, ein Videokonferenzsystem... Das hat uns im Lockdown während des Frühjahrs sehr genutzt. Ohne unsere Entscheidung für das 30-Stunden-Modell hätten wir die Möglichkeiten für derlei infrastrukturelle Änderungen nicht gehabt. Wir haben also unser Ziel erreicht: nachhaltig erfolgreich zu sein.

ZZ: Welche Erfahrungen haben Sie mit der Verlagerung von Arbeit in den digitalen Raum gemacht?

KH: Zum home-office: die Nachteile liegen auf der Hand – es fehlt die Körpersprache in der Kommunikation, der Austausch mit den Kolleg*innen fällt weg. Nach acht Wochen home-office in diesem Frühjahr haben wir eine Umfrage unter unseren Mitarbeiter*innen gemacht, wie sie es mit home-office künftig halten wollen. Es gibt da sehr unterschiedliche Positionen, auch aufgrund von unterschiedlichen Voraussetzungen – z.B. Unterschiede in der Wohnungsgröße daheim oder der Stabilität des Internet. Daher braucht es flexible Lösungen. Schlussendlich haben wir uns jetzt für ein geringes Kontingent an home-office entschieden: man kann das einen Tag lang im Mo-

nat machen. Flexibilität beruht bei uns auf einem ganzen Maßnahmenpaket: wir bieten die 30-Stunden-Woche, home-office wie oben beschrieben, flexible Arbeitszeiten, also Gleitzeit, und seit kurzem die Möglichkeit, die 30 Stunden pro Woche auf lediglich vier statt bisher fünf Tage pro Woche zu verteilen. Flexibel sein ist DIE Lösung.

ZZ: Wie erleben Sie die Unternehmens-Szene in Ihrem Umfeld? Gibt es in Sachen „Arbeitszeitverkürzung“ eine Entwicklung?

KH: Vor zwei Jahren waren wir die ersten in Österreich, die bei dieser Unternehmensgröße auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich umgestellt haben. Es gab und gibt andere Firmen, die auch mit der Stundenzahl heruntergegangen sind, aber nicht so weit. Dann gibt es Betriebe, wie etwa der Baumarkt Hornbach, die eine sechste Urlaubswoche eingeführt haben. Es tut

sich also was in diese Richtung. Es wird deutlich, dass die work-life-balance gefördert gehört, egal wie. Die Währung lautet „Zeit“. Die Jungen wollen das. Wenn ich nichts anzubieten habe, hab ich keine Chance, gute Arbeitskräfte zu finden: wo Fachkräftemangel ist, stellen die Jungen Forderungen. Mir haben manche Bewerber schon den Satz geklaut, den klassischerweise die Geschäftsführung für den Bewerber bereit hält: „Ich werde es mir überlegen und melde mich.“ Heute lebt man nicht mehr, um zu arbeiten, sondern man arbeitet, um zu leben.

ZZ: Was raten Sie Unternehmen, die Schritte in Richtung des Modells überlegen, das „E-Magnetix“ umgesetzt hat?

KH: Man muss solche Modelle gut vorbereiten. Und vor allem: die Mitarbeiter*innen miteinbeziehen. Auf unseren Start 2018 haben wir uns zwei Jahre lang vorbereitet.

Interview: Elisabeth Ohnemus



FOTO: EMAGNETIX

CARINA, 29,

seit fünf Jahren bei „eMagnetix“ im Content Marketing tätig, master-Studium der Kommunikationswissenschaft an der Universität Salzburg. Ich habe alles miterlebt bei „eMagnetix“: Den Testlauf mit zuerst 34 Stunden, dann mit 30 Stunden. Das Modell jetzt – 30 Stunden-Woche in Kombination mit Gleitzeit - bietet extrem viele Vorteile. Mein Freund z.B. ist Schichtarbeiter. Die Flexibilität an meinem Arbeitsplatz ermöglicht uns viel mehr gemeinsame Freizeit. Hobbies, Weiterbildung – auch unter der Woche: das ist möglich. Auf diese Idee wäre ich nie gekommen. Auch für Freund*innen und Familie ist mehr Zeit. Und was auch ganz wichtig ist: im Winter bleibt mir Zeit für mich bei Tageslicht – wenn ich z.B. schon um 14 Uhr aus der Arbeit gehe. Ich fühle mich viel gesünder und erholter. Oft gehe ich vor der Arbeit noch ins Fitness-Studio, ich kann meine Einkäufe auch außerhalb der Stoßzeit erledigen und meine Arzttermine besser einteilen.



CLAUDIA, 29,

Projektmanagerin und Kundenberaterin bei „eMagnetix“, Absolventin des Studiengangs „Marketing und e-business“ an der Fachhochschule in Steyr, master-Studium w-Wissenschaft an der Universität Linz. Es ist einfach ein „Mehr an Freizeit“, was dieses Modell abwirft. Selbst im Winter hat man vom Tag noch was. Ich hab viel mehr Zeit für Freund*innen und Familie, hab Zeit, täglich frisch zu kochen. Ich fühle mich damit einfach ausgeglichener und gesünder, war auch schon länger nicht mehr krank. Man geht mit einer ganz anderen Motivation in die Arbeit. Und jetzt, wo ich schwanger bin, fühle ich mich einfach gut aufgehoben für die Zukunft. Die Möglichkeiten, Beruf und Familie zu vereinbaren, sind gut.

Das Team von eMagnetix, mittlerweile 30 Mitarbeiter*innen stark. Geschäftsführer Klaus Hochreiter: „Flexibilität beruht bei uns auf einem ganzen Maßnahmenpaket: wir bieten die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, home-office, flexible Arbeitszeiten, also Gleitzeit, und seit kurzem die Möglichkeit, die 30 Stunden pro Woche auf lediglich vier statt bisher fünf Tage pro Woche zu verteilen. Flexibel sein ist DIE Lösung.“ FOTO: EMAGNETIX

Transformation gestalten

Bundeskonzferenz der KABÖ diskutiert drängende Themen der Zeit

Vertreter*innen der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung aus fünf Diözesen trafen sich am 9. und 10. Oktober zu einer Bundeskonferenz im slowenischen Bildungshaus Sodalitas im kärntnerischen Tinje/Tainach, um – Corona bedingt – nach einem Jahr wieder die gemeinsame Arbeit zu reflektieren und zu planen.

Bei der Tagung ging es in erster Linie um die Auseinandersetzung mit den sozialen Auswirkungen der Pandemie. Diskutiert wurden steigende Existenzängste und Armut durch hohe Arbeits- und Einkommenslosigkeit, die hohe und komplexe Belastung von Frauen, die Gefahr der gesellschaftlichen Spaltung durch die stärkere Betroffenheit von armen und benachteiligten Menschen und die Sorge um die Einhaltung demokratischer Grundrechte.

Thema war aber auch das angesichts der Krise gestiegene Bewusstsein vom Wert des Sozialstaats und von der Notwendigkeit, das Wirtschaftssystem grundlegend zu ändern. Wesentliche Fragen werden nach Ansicht der KABÖ dabei sein: Wie wird Arbeit in Zukunft

sinnvoll verteilt und gerecht bezahlt? Wie kann das Sozialsystem weiterentwickelt werden, um allen Menschen in Österreich eine ausreichende existenzielle Grundsicherung zu gewähren? – Wie gelingt eine nachhaltige Transformation unserer Wirtschaftsweise? Im Hinblick auf das Jubiläum zu „130 Jahre Katholische Soziallehre“ soll es im Mai 2021 einen Aktionsmonat geben, der sich mit diesen Fragen auseinandersetzt. In allen Diözesen laufen dazu bereits Vorbereitungen.

Das Treffen in Kärnten wurde auch zu einer Begegnung mit dem neuen Kärntner Diözesanbischof Josef Marketz genützt. Debattiert wurde die soziale Frage, auch als Sorge der Gesamtkirche, und im Zusammenhang damit u.a. die Schließung der Katholischen



Gottesdienst mit dem Kärntner Diözesanbischof Josef Marketz **FOTO: ANNA WALL-STRASSER**

Sozialakademie. Wie man aufseiten der KABÖ betonte, braucht eine glaubwürdige Verkündigung des Evangeliums sozialethische Kompetenz, wie sie die Ksöe stets zur Verfügung gestellt habe, auch einer KABÖ. Das sei auch weiterhin notwendig. Bischof Marketz wurde dieses dringliche Anliegen in einem ausführlichen Gespräch zur Übermittlung an die Bischofskonferenz mitgegeben.

Die Wahl des Tagungsortes der Bundeskonferenz orientierte sich dieses Mal am 100-Jahr-Jubiläum der Kärntner Volksabstimmung, das am 10. Oktober begangen wurde. Die KABÖ begrüßte dazu den Historiker Marjan Sturm als Referenten (s. nachfolgender Bericht von Martin Hochegger).



Die sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie und notwendige Transformationen in Wirtschaft, Arbeitswelt und Sozialstaat standen bei der Bundeskonferenz der KABÖ in Tainach/Tinje zur Debatte

FOTO: ANNA WALL-STRASSER

Aussöhnung mit der Geschichte

hundert Jahre Volksabstimmung in Kärnten: Just an dem Tag, an dem das offizielle Österreich in Klagenfurt im Rahmen eines großen Festaktes der Volksabstimmung vor Hundert Jahren gedachte, konnten wir am Morgen dieses denkwürdigen Tages im Rahmen unserer Bundestagung mit Marjan Sturm einen sehr prominenten Vertreter der KärntnerSlowen*innen als Referenten begrüßen. **VON MARTIN HOHEGGER**

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Dr. Martin Gruber-Risak ist außerordentlicher Universitätsprofessor am Institut für Arbeits- und Sozialrecht der Universität Wien und Mitglied des die Europäische Kommission beratenden "European centre of expertise in the field of labour law, employment and labour market policies (ECE)".

FOTO: PETER REITMAYR



Warum Keynes auch langfristig recht haben sollte

Erst kürzlich hat Finanzminister Blümel in seiner Budgetrede gemeint: „Natürlich hat Keynes recht, aber nur kurzfristig.“ Eigentlich schade, wenn man bedenkt, was für eine Zukunftsvision der Ökonom John Maynard Keynes in seinem Essay „Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder“ 1930 für das Leben in 100 Jahren, somit 2030, entwickelt hat.

Er geht davon aus, dass der Mensch wegen des technologischen Wandels und des damit bewirkten Wohlstandsgewinns nicht mehr wesentliche Teile des Tages dafür zu verwenden muss, sein Überleben und Auskommen zu sichern. „Zum ersten Mal seit seiner Erschaffung wird der Mensch damit vor seine wirkliche, seine beständige Aufgabe gestellt sein – wie seine Freiheit von drückenden wirtschaftlichen Sorgen zu verwenden, wie seine Freizeit auszufüllen ist, die Wissenschaft und Zinseszins für ihn gewonnen haben, damit er weise, angenehm und gut leben kann.“

Und das wird nach der Vorstellung von Keynes gar nicht so leicht sein, da er seit Beginn auf Knappheit konditioniert ist und deren Überwindung sein Leben wesentlich ausfüllt. Es ist daher ein Wandel vor allem der Werthaltung zu bewerkstelligen: „Ich sehe deshalb für uns die Freiheit, zu einigen der

sichersten und zuverlässigsten Grundsätze der Religion und der althergebrachten Werte zurückzukehren – dass Geiz ein Laster ist, das Eintreiben von Wucherzinsen ein Vergehen, die Liebe zum Geld abscheulich, und dass diejenigen am wahrhaftigsten den Pfad der Tugend und der maßvollen Weisheit beschreiten, die am wenigsten über das Morgen nachdenken. Wir werden die Zwecke wieder höher werten als die Mittel und das Gute dem Nützlichen vorziehen. Wir werden diejenigen ehren, die uns lehren können, wie wir die Stunde und den Tag tugendhaft und gut vorbeiziehen lassen können, jene herrlichen Menschen, die fähig sind, sich unmittelbar an den Dingen zu erfreuen, die Lilien auf dem Feld, die sich nicht mühen und die nicht spinnen.“

In diesem Sinne würde es mich sehr freuen, wenn Keynes nicht nur kurz-, sondern auch längerfristig recht hat.

* John Maynard Keynes

war ein britischer Ökonom, Politiker und Mathematiker. Er zählt zu den bedeutendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts und ist Namensgeber des Keynesianismus. Seine Ideen haben bis heute Einfluss auf ökonomische und politische Theorien. (Quelle Wikipedia)

Sturm, ein promovierter Historiker, war viele Jahre lang ein engagierter Kämpfer für die Rechte der slowenischen Volksgruppe in Kärnten, sowie auch lange Zeit Obmann des Volksgruppenbeirates im Bundeskanzleramt.

Zusammen mit Bernard Sadovnik von der Gemeinschaft der Kärntner Slo-

wen*innen und Josef Fellner, Obmann des Kärntner Heimatdiensts als größtem Kontrahenten, war Sturm ganz wesentlich am Versöhnungs- und Aushandlungsprozess der sogenannten „Konsensgruppe“ beteiligt. In seinem Referat begründete er seine Initiative so: „Nach vielen Jahren des engagierten Kämpfens begann ich mich immer

mehr mit dem Thema Versöhnung zu beschäftigen und absolvierte in weiterer Folge auch ein Studium zum Thema Konfliktbewältigung“.

Dieser Wunsch nach Aussöhnung sei auch für ihn nicht einfach gewesen, so Sturm, kam er doch selbst aus einer „Opferfamilie“, nachdem seine Schwester

Fortsetzung auf Seite 14 ►

Konvivialität

Kunst und Praxis gelungenen Zusammenlebens

TONY ADDY über das Konzept der „Konvivialität“ als Antwort auf die Folgen marktradikaler Politiken in unserer Gesellschaft. Ein utopischer Gegenentwurf und Beitrag zur Debatte um Systemalternativen in Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft, niedergelegt in dem Buch „Konvivialität... Kunst und Praxis gelungenen Zusammenlebens“.

Im Blick auf die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen sehen wir zunehmend, wie ein marktradikales politisches Denken und Handeln vielerorts die Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsschichten unter Druck bringt: verschärfte Spaltungen zwischen arm und reich, Kürzung von sozialen Leistungen, hohe (Jugend) Arbeitslosigkeit und Druck auf Arbeitnehmer*innenrechte, um nur einige zu nennen. Es profitieren europaweit rechtspopulistische und -extreme Politiker*innen, die es verstehen, gesellschaftliche Spannungen auf die Fremden und Schutzbedürftigen, abzuleiten.

Der Ansatz von „Suche nach Konvivialität“ – als Kunst und Praxis eines ge-

lungenen Zusammenlebens – bietet einen stabilen Ausgangspunkt für eine Kritik dieser Entwicklungen. Marktradikale Politiken geben den Interessen der „großen Wirtschaft“ den Vorrang und vertreten dabei ein äußerst einseitiges Bild vom Menschen: als voneinander getrennte, konkurrierende, den persönlichen Vorteil suchende Manager*innen ihrer selbst.

Dagegen stellt die Suche nach Konvivialität das gute Zusammenleben aller als konkrete Utopie und Messlatte für politische Maßnahmen in den Mittelpunkt. Durch die Brille der Konvivialität werden Menschen als soziale Wesen sichtbar, deren größter Reichtum in ihren Beziehungen zueinander besteht. In unseren Gemeinschaften, Ge-

meinden, Gesellschaften an der Qualität dieser sozialen Beziehungen zu arbeiten wird damit als zentrale Aufgabe erkennbar.

Konvivialität: ein Konzept zum Verstehen sozialer Wirklichkeit

Die wichtigsten Fragen sind: Wie können wir zusammenleben („con vivere“)? Welche ökonomische und soziale Politik unterstützt das gute Zusammenleben? Wie können soziale Aktion, soziales Engagement und Diakonie dazu beitragen, dass Menschen zusammen ein gutes Leben führen können?

Konvivialität ist ein Konzept, das grundlegend beziehungsorientiert ist und das „Sein“ über das „Haben“

► im Rahmen der Vertreibung ums Leben gekommen war. Doch nach der jahrzehntelangen Polarisierung unter anderem durch die Ortstafelfrage und der Anerkennung des Slowenischen als Amtssprache sei für ihn der Zeitpunkt gekommen gewesen, neue Wege zur Versöhnung einzuschlagen. Dabei waren ihm die Thesen des norwegischen Friedensforschers Johan Galtung eine wichtige Orientierung. Besonders das Verständnis um die Bedeutung der sogenannten „Tiefenkulturen“ wurde zur wesentlichen Richtschnur seines Dialoges mit Josef Fellner, jahrzehntelang ein erbitterter Gegner der Umsetzung der in Artikel 7 niedergelegten Vereinbarungen des österreichischen Staatsvertrages. Im Rahmen des Dialoges habe er, so Sturm, besser zu verstehen begon-

nen, dass auch die Deutsch-Kärntner Bevölkerung großes Leid durch slowenische Partisanen erlitten hatte und manche Aussagen von slowenischen Nationalisten in Slowenien das Trauma einer möglichen Annektierung Südkärntens immer wieder neu befeuert hatten.

Mittlerweile hat sich das Verhältnis der Volksgruppen in Kärnten deutlich entspannt und es konnte eine neue Qualität der Gemeinsamkeit erreicht werden. Der Weg der Versöhnung war für beide Männer nicht immer leicht – wurden sie doch nicht selten von den Vertretern der eigenen Interessensgruppen als Verräter bezeichnet. In seinem Vortrag sprach Sturm auch die große Bedeutung der katholischen Kirche zum Erhalt der slowenischen Sprache und Kultur an. Zudem

hätte es immer wieder viele Priester mit zweisprachigem Hintergrund gegeben. Auch Bischof Josef Marketz, der neue Kärntner Bischof, stammt aus einer slowenisch-kärntnerischen Familie.

Nach seinem sehr beeindruckenden Referat machte sich Sturm auf den Weg zum offiziellen Festakt der Republik Österreich in Klagenfurt. Als Festredner drückte dort Bundespräsident Alexander van der Bellen sein ganz persönliches Bedauern über das bisherige Versagen der österreichischen Politik aus: „Für das erlittene Unrecht und die Versäumnisse bei der Umsetzung von verfassungsmäßig garantierten Rechten möchte ich mich hier als Bundespräsident bei Ihnen, liebe Angehörige der slowenischen Volksgruppe, entschuldigen“.

stellt. Das Wort Konvivialität stammt vom spanischen Wort "convivencia" und bezieht sich auf die geschichtliche Erfahrung, dass im Mittelalter Muslime, Katholiken und Juden relativ friedfertig auf der iberischen Halbinsel zusammenlebten. In jüngerer Vergangenheit verwendete Ivan Illich den Begriff in seinem oft zitierten Buch „Tools for Conviviality“ (dt. Titel: „Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik.“)

Wesentliche Aspekte von „Konvivialität suchen - Kunst und Praxis des Zusammenlebens“

Der Titel des Buches rückt den Begriff „Praxis“ in den Mittelpunkt. Das führt zur Frage: Welche Verhaltensweisen und alltägliche Handlungen sowie dazu gehörende Haltungen und Werte unterstützen Konvivialität? Und: Wo finden wir diese Praktiken in unseren lokalen Zusammenhängen?

Das bedeutet, unser Alltagsleben in Bezug auf Offenheit und Bezogenheit zu reflektieren. Alle Menschen die hauptamtlich mit Menschen zu tun haben, sind eingeladen, ihre Berufspraxis zu reflektieren, inwieweit ihr eigenes „Handlungsmodell“, ihre Kirche oder Organisation im Einklang mit Konvivialität ist. Es hat damit jedoch weitreichend Bedeutung für die Strukturen von Wirtschaft und Gesellschaft und damit für Politiker*innen und Entscheidungsträger*innen in Arbeitswelt und Wirtschaft.

Der Begriff „Kunst“ veranschaulicht, dass Konvivialität auf Kreativität und Vorstellungskraft beruht - und wie jede Kunst beruht die Suche nach bzw. das Leben in Konvivialität auf persönlichen Werten, auf Berufung und der Entwicklung von Fähigkeiten durch formelles und informelles Lernen. Das legt besondere Betonung auf kreative und intuitive Fähigkeiten von „gewöhnlichen Leuten“ und anerkennt ihren wesentlichen Beitrag zum konvivialen Zusammenleben.



Tony Addy, Konvivialität, Kunst und Praxis gelungenen Zusammenlebens

Erhältlich bei: Mensch und Arbeit, Kapuzinerstr 84, 4020 Linz
 Email: mensch-arbeit@dioezese-linz.at
 Preis: 8,00 € (inkl. Porto)
 At the same address also available in English: 'Conviviality – the art and practice of living together'



FOTO: TONY ADDY

Tony Addy lebt in Linz und ist Berater des europäischen Prozesses „Seeking Conviviality...“ beim Lutherischen Weltbund. Er ist 'Head of Education' bei interdiac (CZ) und Research Associate an der Universität von Pretoria (SA). Er war Generalsekretär des European Urban-Industrial Mission Network und ist Vorstands-Mitglied des Cardijn-Vereins.

Konzepte von Arbeit und Wirtschaft bezogen auf Konvivialität

Drei Begriffe bilden das Leitmotiv für Denken und Arbeiten: Berufung, Gerechtigkeit und Würde. Diese geben Orientierung sowohl für die Kirchen in ihrer sozialen, diakonischen Arbeit als auch für ein Verstehen der Notwendigkeiten in größeren gesellschaftlichen Kontexten. Die Schritte zu einer konvivialen Wirtschaft beginnen lokal, an konkreten Orten mit konkreten Menschen. Konvivialen Gemeinschaften spielen dabei eine große Rolle.

In einem Umfeld, in dem Individuen hauptsächlich oder ausschließlich nach ihrem Beitrag zum Wirtschaftsleben beurteilt werden, sucht Konvivialität im Gegensatz dazu den Beitrag aller zum sozialen Gefüge. „Gnade“ ist dabei nicht einfach ein theologischer Begriff, sondern ein Schlüsselkonzept: jede*r hat etwas zu geben, und das Gegebene ist unverdient und oft unerwartet. Auf dieser Grundlage können lokale Aktionen neue Lösungen für wirtschaftliche Probleme aufzeigen

und neue Wege entwickeln, wie Einkommen, Arbeit und Zeit im Verhältnis stehen, sowie nachhaltige umweltbewusste Gemeinschaften entstehen lassen. Miteinander vernetzt, unterstützen diese Entwicklungen Veränderungsprozesse auf nationaler und internationaler Ebene.

Damit gibt Konvivialität eine Leitvision für eine Zukunft, in der wir in sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit zusammen leben können.

EIN INTERNATIONALES SEMINAR ZU DIESEN THEMEN:

Zusammen Leben:

Kritik & Alternativen zur Spaltung der Gesellschaft

25. – 27. Februar 2021 in Linz

Referent*innen: Nikolaus Dimmel (Politikwissenschaft, Universität Salzburg), Julia Lis (Theologie, Institut für Theologie und Politik, Münster), Niall Cooper (church action on poverty, Manchester)

Weitere Informationen:

www.cardijn-verein.org

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Georg Salvenmoser arbeitet als Betriebsseelsorger im Referat für Kirche und Arbeitswelt der Diözese Graz-Seckau. FOTO: PRIVAT



In den Schuhen der anderen gehen

Wie immer bin ich aufgeregt, wie an meinem ersten Tag als Landmaschinenmechaniker-Lehrling. Ich stelle mich in die Reihe von Schlossern, die auf den Einlass durch den Portier warten. Es ist Revisionszeit, da ist was los. Ein Mitarbeiter der Arbeitssicherheit ruft: „Was bist du für eine Firma?“ „Betriebsseelsorge!“ „Gratuliere!“ kommt als Antwort. Ich werde beim Portier angemeldet. „Kannst schon fahren!“ Ein schöner Moment, wenn der Schranken aufgeht, und ich wieder einmal im „Werk“ bin. Ich bin auf Arbeitseinsatz bei Böhler Aerospace in Kapfenberg. Der Schranken geht auch bei den Menschen im Betrieb auf, das weiß ich, und es bestätigt sich wieder.

Auch wenn es wahrscheinlich ironisch gemeint war, zu meinem Beruf lasse ich mir gerne gratulieren. Ich kann in der Betriebsseelsorge Begegnung und Gespräch, Seelsorge und Technik verbinden. Ich kann mitarbeiten und viel lernen. Ich kann sehen, was da ist und Gutes zusagen. Ich versuche, den Menschen den Segen bewusst zu machen, in dem wir gemeinsam stehen. Ich kann berühren und werde berührt.

Platz finden

Ich komme in das Betriebsleiterbüro der Hammerschmiede. Das ganze Gebäude zittert, wenn die Hämmer laufen. Ich bekomme einen Schreibtisch zugewiesen. Das nehme ich gerne an, weil ich so einen „Platz“ im Betrieb habe. Nachdem ich mit Arbeitskleidung, Helm, Brille und Sicherheitsschuhen ausgerüstet bin, gehe ich zur Sicherheitsunterweisung. Jörg erklärt mir, was zu tun und auch zu lassen ist. Jetzt bin ich bereit für die erste Runde im Betrieb. Es ist laut und ich merke schnell, dass Gehörschutz angesagt ist. Ich komme schnell ins Gespräch und natürlich ist die schwierige wirtschaftliche Situation ein Thema. Die Menschen sind unsicher, auch wegen ihres Arbeitsplatzes.

Anpacken können

Die Woche verläuft mit vielen guten Begegnungen und gibt mir am Ende auch noch die Gelegenheit, wirklich anzupacken.

Da bei den Revisionsarbeiten aus einem Zylinder Öl ausläuft, ruft Hannes, der Meister: „Georg, hilf uns!“ Wir schöpfen gemeinsam das Öl in Wannen und ich hole Sägespäne, um das Öl zu binden. Es ist ein schönes Miteinander, ich fühle mich als einer der Instandhalter. Für den Freitag bestelle ich für alle eine Jause, die Asim organisiert. Mir gefällt die „gerade“ Art der Arbeiter, das Faktische. Das kommt gerade auch bei der gemeinsamen Jause zu Tage. Ich bekomme einen Eindruck von der Situation im Betrieb und es ist auch Zeit, einen Scherz zu machen. Dankbar für die Möglichkeit, so arbeiten zu können und an Begegnungen und Erfahrungen reicher, beende ich den Arbeitseinsatz. In Gedanken bin ich bei den Menschen in den Betrieben und hoffe und bete, dass wieder bessere Zeiten kommen. Aber ich weiß durch die Gespräche mit Betriebsräten, Betriebsleitern und Geschäftsführern, dass vieles unternommen wird, um den Menschen ihre Existenz zu sichern.

*Was mir immer noch sauer aufstößt, ist das Klischee, das Arbeiter*innen anhaftet. Meist ohne einen Fuß in eine Firma gesetzt zu haben, wird von außen beurteilt, wie die Menschen dort sind und was sie leisten. Ich stelle das leider auch innerkirchlich fest. Deshalb finde ich es als eine meiner Hauptaufgaben, mir meine Stahlkappenschuhe anzuziehen, einen Helm (und eine Maske) aufzusetzen und mit Montur und Freude mir meine Hände schmutzig zu machen. Diese Mitarbeit, so sie auch sicherheitstechnisch möglich ist, bringt Beziehung und echte Begegnung. In den Schuhen der Werksarbeiter*innen zu gehen, Hitze, Staub und Lärm auszuhalten ist für mich eine sehr wesentliche Ausprägung der Betriebsseelsorge. Mitgehen. Zuhören. Schauen, was da ist. Eine Kleinigkeit mitbringen. Da sein. Und ein positives Bild nach außen tragen.*

Ich finde immer wieder Menschen, die eine gute Lebenseinstellung haben. Sie wissen, dass sie aufeinander angewiesen sind. Und sie verstehen es, einen Außenstehenden wie mich zu integrieren. Wir sind als Christen alle SeelsorgerInnen, wo immer wir hingestellt sind. Dann können wir alle auf ein Leben in Fülle hoffen.

Vom eigenen Vater geköpft

Die Legende der Heiligen Barbara im Kontext von Corona und Wirtschaftsliberalismus

Die traditionellen Barbarafeiern der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung der Erzdiözese Wien müssen heuer aufgrund der Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie ausfallen. Dennoch soll die Legende der Heiligen Barbara, deren Fest am vierten Dezember gefeiert wird, Beachtung finden und in einem aktuellen Kontext reflektiert werden. Eine Betrachtung von **FRITZ KRULL**, Diakon und geistlicher Assistent der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich.

„Vom eigenen Vater geköpft“: Das könnte eine Schlagzeile in den Tageszeitungen der Antike gewesen sein. Nur gab es im dritten Jahrhundert natürlich noch keine Medien wie heute. Sicherlich hätten Nachrichtenboten im damaligen römischen Reich auch derartige Meldungen rasch verbreitet. Doch wer weiß, es war nicht nur eine Schreckensnachricht, die den Alltag unter dem damaligen Kaiser Diokletian füllte. Die Bevölkerung musste noch viele weitere Todesopfer beklagen, bis unter Kaiser Konstantin diese Art der grausamen Christenverfolgung ein vorläufiges Ende fand.

Die Vorgeschichte: Ein - so wird berichtet - bildhübsches Mädchen namens Barbara, Tochter des wohlhabenden Kaufmanns Dioscorus aus Nikodemien in der heutigen Türkei, fühlte sich in ihren jungen Jahren zugehörig zu einer Gruppe Getaufte, einer Ende des dritten Jahrhunderts in den Augen der damaligen römischen Regierung streng verbotenen „neuen Sekte“, die sich Christen nannte. Ihr Vater lässt sie deshalb in einem mit zwei Fenstern versehenen Turm einsperren. Barbara besteht auf ein drittes Fenster, und als er sie fragt, was das zu bedeuten habe, gibt sie selbstbewusst zur Antwort, dies sei für sie das Symbol der Dreieinigkeit.

Was droht, zu erdrücken

Dioscorus gerät in Weißglut, und als er außerdem noch erfahren muss, dass sich Barbara heimlich hat taufen lassen, zerrt er sie zum Statthalter. Um dem „neuen Glauben abzuschwören“ wird sie gefoltert, und nachdem dies nicht fruchtet, wird sie von ihrem eifer- und

rachesüchtigen Vater persönlich enthauptet. Barbara wird – vor allem, weil sie als junges Mädchen etliche Phasen großer Angst durchgestanden hat – von vielen Menschen verehrt und angerufen in Situationen der Finsternis, vor allem bei Gefahr, „erdrückt“ zu werden, etwa von Angehörigen von Berufssparten, die mit schwerem und gefährlichem Werkzeug zu tun haben (Bergbau, Maurer, Dachdecker, Soldaten...).

Aufstehen gegen die, die Macht ausüben

Zwei Merkmale widerspiegeln sich in dieser Legende. Einerseits ist es die Auseinandersetzung mit dem Strom der damaligen Zeit, andererseits der offenbar nicht zimperliche Vater – Tochter Konflikt. Jeder von uns kann derartiges heute tagtäglich erleben, nur die Folgen sind anders. Zum Vater – Tochter Konflikt: Wie reagieren wir auf die neuen Gedankengüter unserer eigenen Kinder und heranwachsenden Generationen? Sind wir genug selbstsicher und überzeugt davon, was wirklich gut und böse ist? Macht sich dabei nicht auch in uns eine Verunsicherung in Form von Wut und Zorn bemerkbar, gepaart mit der Angst, nicht mehr „in“ zu sein und den Anschluss verloren zu haben? Bedeuten diese Abnabelungsprozesse nur den Verlust der eigenen Kinder oder bei vielen Menschen auch das Abgeben von Machtausübung?

Der vom Vater angeordnete Turmbau symbolisiert Wachsamkeit einerseits, andererseits aber auch Ausdruck der Überheblichkeit (Turmbau von Babel). Und mit dem 3. Fenster im Turm will

Barbara ausdrücken, dass trotz aller Vermessenheit gegen Gott und den Menschen das Transzendente letztlich seinen Platz und Durchbruch finden wird.

Zerrissene in einer entmenslichten Gesellschaft und Wirtschaft

Als Christen in unseren Breitengraden laufen wir heute nicht mehr Gefahr, am Marktplatz vor Schaulustigen gedemütigt und zu Tode gefoltert zu werden, oder sich im Kolosseum von wilden Tieren zerfleischen zu lassen. Doch sind wir nicht auch Zerrissene angesichts der zunehmenden Liberalisierung und Entmenschlichung in Gesellschaft und Wirtschaft? Auch wird bei uns niemand mehr gezwungen, vor Götzenbildern Opfer darzubringen. Doch was opfern wir alles, um ja dem Götzen „Geld“ und „Konsum“ die Huld zu erweisen!

Es gibt mehr im Leben – und darauf will uns die Legende von St. Barbara verweisen.

Barbara-Statue in der Pfarrkirche von Ternitz

FOTO: FRITZ KRULL



Damit Gerechtigkeit wächst

Die Herausforderungen der Zeit als Programm der KAB

„In der Diskussion über die Zukunft der Arbeit und über wichtige gesellschaftspolitische Fragen kann die KAB durchaus eine gewichtigere Rolle als in der Vergangenheit spielen“: **MARTIN HOCHEGGER**, stellvertretender Vorsitzender der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung in der Steiermark, über die großen Fragen der Zeit, den anstehenden Wandel und die Aufgaben, die sich der KAB in der Debatte um Perspektiven und Lösungen stellen.

Die Corona-Pandemie erschüttert unsere Gesellschaft in ihren Grundfesten. Neben dem menschlichen Leid, den möglicherweise Demokratie gefährdenden Einschränkungen und großen Herausforderungen an unser Gesundheitssystem sagen die Wirtschaftsforscher*innen die größte Wirtschaftskrise seit 1945 voraus. Hohe Arbeitslosenraten werden die Folge sein, Armut und Verelendung werden sich weiter ausbreiten, die Kluft zwischen Arm und Reich wird noch größer werden. Und dies alles vor dem Hintergrund einer Klimakrise mit all ihren verheerenden Folgen für Mensch und Natur. Gleichzeitig findet durch die Digitalisierung, die Automation, den Einsatz von Robotern, der forcierten Forschung und Entwicklung im Bereich der künstlichen

Intelligenz (KI) eine beschleunigte Transformation vieler Bereiche der Arbeitswelt statt.

Den Sinn der menschlichen Arbeit neu beantworten

Papst Franziskus hat in seinen Enzykliken „Laudato Si“ und „Fratelli tutti“ eine notwendige Abkehr von der Wachstumsgläubigkeit unseres gesellschaftlichen und politischen Handelns eingefordert und die ständig steigende Kluft zwischen Arm und Reich angeprangert. Er setzt auf eine neue Beantwortung der Frage nach dem Sinn menschlicher Arbeit – mit und ohne Bezahlung. Daraus ergeben sich folgende Fragen: Reicht das Hineinpumpen von Milliarden von Euros aus um den bisherigen Wohlstand wieder sicherzustellen? Welches Wachstum soll die Zukunft bestimmen? Ist es nicht an der Zeit Arbeit und Einkommen gerechter zu verteilen? Wie können wir eine deutliche gesellschaftliche Aufwertung jener menschlichen Tätigkeiten erreichen, die jenseits der Erwerbsarbeit liegen? Als Beispiele seien hier familien- und gemeinwesenbezogene Arbeit genannt. Wie kann mehr geschlechterbezogene Gerechtigkeit in den Bereichen Arbeit, Einkommen und Familie erzeugt werden? Sind die Forderungen nach Ein-

führung einer Grundsicherung oder eines Grundeinkommens die Antwort auf die großen sozialpolitischen Herausforderungen? Wenn sich die soziale Ungleichheit noch weiter verstärkt, so wird das auch zu einem massiven demokratiepolitischen Problem – wird dann der Ruf nach autoritären Modellen noch lauter?

Unterschiedliche Diskursräume eröffnen

Um diese Fragen breit diskutieren zu können, bedarf es einer Vielzahl von unterschiedlichen Diskursräumen. Und viele Menschen erwarten sich eine klare Botschaft und Haltung der Kirche dazu. Zieht sich die Kirche zu sehr auf klassisch klerikale Felder zurück, so wird sie noch schneller als ihr lieb ist an Bedeutung verlieren.

In der Diskussion über die Zukunft der Arbeit und über wichtige gesellschaftspolitische Fragen kann die KAB durchaus eine gewichtigere Rolle als in der Vergangenheit spielen. Dazu bedarf es allerdings einer deutlichen inhaltlichen, organisatorischen und auch personellen Neuorientierung.

Die KAB Steiermark im Wandel

Die Herausforderung ist groß, denn es gilt, mehrere Reformbereiche relativ gleichzeitig zu bearbeiten.



Martin Hohegger, stellvertretender Vorsitzender der KAB Steiermark:

„Die ‚KAB Neu‘ muss (wieder) eine Organisation werden, die bemüht ist, aus einem gemeinsamen christlichen Selbstverständnis heraus den gesellschaftlichen Diskurs innerhalb der Kirche, aber auch mit der steirischen Zivilgesellschaft, zu suchen.“ **FOTO: HOCHEGGER**

- Den Wandel von einer Mitgliederorganisation, die sich im Wesentlichen aus dem Arbeitnehmer*innenmilieu gespeist hat, zu einer Organisation, welche die Vielzahl von unterschiedlichsten Zugängen zur Arbeitswelt deutlicher abbildet – ich denke da an Kleinunternehmer*innen, Einzelpersonenunternehmen, Angestellte, Arbeiter*innen, Zeitarbeiter*innen, Arbeitslose, etc.

- Die traditionelle Form der Zugehörigkeit zu einer Pfarrgruppe wird sich ebenfalls transformieren - zu einer Mitgliedschaft und möglichen Mitarbeit am direkten Bewegungsgeschehen; dies verstärkt in Projekten und Arbeitsgruppen.

- Wobei – und das sei hier in aller Deutlichkeit festgehalten - die noch existierenden Pfarrgruppen weiterhin jene Aufmerksamkeit und Wertschätzung bekommen sollen, die ihnen aufgrund ihrer historischen Verdienste gebühren. Denn die einzelnen Mitglieder dieser Pfarrgruppen haben die KAB auch in Zeiten repräsentiert, in denen es nicht immer einfach war, sich als Arbeitnehmer*innen zur Katholischen Kirche zu bekennen. Dieses Vermächtnis gilt es wertzuschätzen und weiter zu tragen.

- Analysiert man die derzeitige Mitgliederstruktur, so besteht sie zu einem überwiegenden Teil aus Personen, die die unmittelbare Arbeitswelt längst hinter sich gelassen haben. Wenn es nicht gelingt, neue Personen, die noch in der Arbeitswelt tätig sind, anzusprechen und zur Mitarbeit zu motivieren, wird die KAB sanft entschlafen.

- Die Bemühungen des derzeitigen Vorstandes gehen in die Richtung, neue Mitglieder für die Vorstandstätigkeit zu gewinnen. Die Neuwahl im Jänner kommenden Jahres soll bereits einen „erweiterten Vorstand“ zur Folge haben.

- Die „KAB Neu“ muss sich als Organi-

sation verstehen, die sich mit zentralen Fragen der Arbeit und des gesellschaftlichen Lebens sowie mit all seinen aktuellen Herausforderungen beschäftigt.

- Die "KAB Neu" muss (wieder) eine Organisation werden, die bemüht ist, aus einem gemeinsamen christlichen Selbstverständnis heraus den gesell-

VIELE MENSCHEN ERWARTEN SICH EINE KLARE BOTSCHAFT UND HALTUNG DER KIRCHE (...). ZIEHT SICH DIE KIRCHE ZU SEHR AUF KLAS-SISCH KLERIKALE FELDER ZURÜCK, SO WIRD SIE NOCH SCHNELLER ALS IHR LIEB IST AN BEDEUTUNG VERLIEREN.

schaftlichen Diskurs innerhalb der Kirche, aber auch mit der steirischen Zivilgesellschaft, zu suchen. Darüberhinaus sollen neue Netzwerke und Kooperationen sowohl im innerkirchlichen Bereich als auch mit Organisationen der Zivilgesellschaft gesucht werden.

Diskursräume in der innerkirchlichen Welt schaffen

Auf Grund der Initiative von Katrin Windischbacher, Fachbereichsleitung des Bereichs „Identität und Lebenswelten“, ist es mittlerweile gelungen diverse innerkirchliche Laieninstitutionen mit dem Thema „Zukunft der Arbeit“ zu „infizieren“. Aus diesem Grunde wurde auch das Forum „Kirche und Arbeitswelt“ wiederbelebt. Eine erste gemeinsame Klausur aller teilnehmenden Organisationen hat bereits stattgefunden. Dabei wird es immer wieder sichtbar, wie wichtig die Expertise der KAB ist. Vor allem auch in Zeiten, in der die Katholische Sozialakademie als Impulsgeberin nicht präsent sein kann (darf).

Diskurs mit der Zivilgesellschaft – Projektpartnerschaft mit der Kleinen Zeitung

Diskursräume mit der Zivilgesellschaft zu schaffen ist in Zeiten der Pandemie nicht so einfach, und dies gerade auch für eine kleine Organisation mit wenig Ressourcen. Aus diesem Grunde war

es für uns wichtig, einen starken Medienpartner zu finden, der in der Steiermark allgemein anerkannt und einflussreich ist. Dieser Medienpartner konnte mit der „Kleinen Zeitung“ gefunden werden. Mittlerweile ist auch die Katholische Aktion Steiermark als Projektpartnerin und Mitveranstalterin eingestiegen.

Derzeit arbeiten wir an einem Veranstaltungskonzept, das alle möglichen Formate umfasst – Präsenzveranstaltungen, die auch online gestellt werden, Streaming Formate, Podcasts und Artikel für die Printausgaben. Dabei werden sich einerseits sehr prominente und sachkundige Persönlichkeiten mit dem Thema „Zukunft der Arbeit“ auseinandersetzen und andererseits auch Betroffene von Armut, Arbeitsdruck und Überforderung zu Wort kommen. Folgende Themenblöcke bzw. Fragestellungen sollen dabei bearbeitet werden: Arbeit und Sinnstiftung im derzeitigen Wirtschaftssystem/Wird das Ende des Neoliberalismus eingeläutet und welche Rolle spielt der Staat dabei?/Wie kann eine gerechtere Verteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen erreicht werden?/Sparpakete treffen Frauen, Hilfspakete helfen Männern! Werden Frauen wieder in traditionelle Rollenbilder zurück an den Herd gedrängt?/Neue Arbeit in Europa – welches Wachstum brauchen wir angesichts der Klimakrise?/Arbeit 4.0 – Künstliche Intelligenz, Automatisierung und Robotik - geht uns die Arbeit aus?/ Sind Formen der Grundsicherung oder des Grundeinkommens eine zukunftsfähige Variante zur Sicherung eines Lebens in Würde?

Wenn alles gut geht, werden wir in der nächsten Ausgabe von Zeitzeichen darüber schon genauer berichten können.

BUCH-TIPP



Sebastian Thieme
**Menschengerechtes
Wirtschaften?**
Subsistenzethische Perspektiven
auf die katholische Sozialethik,
feministische Ökonomie und
Gesellschaftspolitik
Verlag Barbara Budrich
Leverkusen/Opladen, 2017
ISBN 978-3-8474-2077-4
Preis: € 34,90



Riane Eisler
**Die verkannten Grundlagen
der Ökonomie.**
Wege zu einer Caring Economy
Büchner-Verlag
Marburg, Oktober 2020
ISBN 978-3963172151
Preis: € 17,90

Wirtschaften, um sich selbst zu erhalten? Was eigentlich selbstverständlich ist, bleibt in der ökonomischen Theorie und in den sozialpolitischen Debatten oft nur eine Randnotiz. Dem gegenüber diskutiert der Autor auf Basis einer modernen Subsistenzethik die Elemente der Selbsterhaltung in der katholischen Sozialethik und in feministischen Ansätzen der Ökonomie sowie sozialpolitische Fragen (Grundeinkommen, Mindest-Einkommensgarantie, Workfare, Einkommensobergrenzen).

Es gehört zur alltäglichen Erfahrung, dass Menschen auch deshalb wirtschaften, weil sie sich am Leben halten und an der Gesellschaft teilhaben wollen. Aber in der ökonomischen Theorie und in sozialstaatlichen Debatten erfährt dieses Motiv häufig keine angemessene Würdigung. So kalkulieren Studierende der Ökonomie Marktlöhne, ohne darüber nachzudenken, ob diese Löhne die Existenz sichern. Ebenso kreisen die Debatten um Mindestlöhne und Sozialtransfers oft nur um Beträge, so dass deren eigentliche Funktion der Selbsterhaltung in den Hintergrund gerät. Der Begriff „Leben“ scheint dann lediglich auf das „Überleben“ reduziert.

Riane Eislers Modell einer "Caring Economy" – einer "fürsorglichen Ökonomie" – ist ebenso kühn wie wegweisend und die Übersetzung ihres Ansatzes ins Deutsche war längst überfällig. Eislers Buch, das erstmals 2007 unter dem Titel "The Real Wealth of Nations" in den USA veröffentlicht wurde und in zahlreiche Sprachen übersetzt ist, ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen transdisziplinären Forschungsleistung. Es nimmt seinen Ausgang von der Frage, wie es sein kann, dass Menschen – trotz ihres kreativen Potenzials und ihrer Fähigkeit zur Empathie – in der Welt so viel Schaden anrichten. Schaden an sich selbst, anderen Menschen und der Umwelt. Eislers Antwort: An der Wurzel jeder Ökonomie, die Ungleichheit, Armut und Zerstörung produziert, ist eine Gesellschaft, die Frauen und die ihnen überantwortete Care-Arbeit abwertet. Jede progressive und nachhaltige Ökonomie, sei es eine Gemeinwohl- oder eine Postwachstumsökonomie, muss deswegen zuallererst diesen Bereich der Fürsorge für andere wieder in das ökonomische Denken hereinholen – sonst kann es keine Caring Economy geben. Eisler zeigt auf, wie ein solcher Wandel gesellschaftlich umsetzbar ist, auf politischer wie auf individueller Ebene.

Zum Kennenlernen bietet ZEITZEICHEN ein Schnupperabo an:

Bestellen Sie Ihr Gratis-Probeabo für 3 Ausgaben

per Post:

senden Sie Name und Bezugsadresse an:
ZeitZeichen, KABÖ,
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien

oder per E-Mail:

kab.office@kaoe.at

Österreichische Post AG
MZ 02Z031417 M
Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien